



**Bundesarbeitsgemeinschaft  
kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen**

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.  
Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler  
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Oberbürgermeister  
Andreas Bausewein  
per Email

Berlin, den 09.11.23

## **Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vom 09.11.2023**

Sehr geehrter Herr Bausewein,  
die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler  
Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) nimmt im  
Folgenden Stellung zu den Vorkommnissen rund um die  
Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Erfurt. Nach  
juristischer Prüfung der uns vorliegenden Informationen  
stellt sich der Sachverhalt zu den Vorwürfen der  
sexuellen Belästigung im Theater Erfurt und der  
Verfahrensweise der Gleichstellungsbeauftragten Frau  
Mary-Ellen Witzmann zum jetzigen Zeitpunkt wie folgt  
dar:

Grundlegend ist festzuhalten, dass die Begleitung der von  
sexueller Belästigung im Theater Erfurt betroffenen  
Frauen unter die Zuständigkeit der kommunalen  
Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Erfurt, Frau  
Witzmann, fällt. Einerseits schützt das Allgemeine  
Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Betroffene vor sexueller  
Belästigung am Arbeitsplatz. In allen Ausführungen zum  
AGG wird die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten  
als unterstützende Person genannt. Eine Begleitung von  
Betroffenen von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz

### **Bundessprecherinnen**

☐ **Luisa Arndt**

Stadt Minden  
0571 89303  
l.arndt@minden.de

☒ **Katrin Brüninghold**

Stadt Hattingen  
023 242043010  
k.brueininghold@hattingen.de

☐ **Kerstin Drobick**

Bezirksamt Mitte von Berlin  
030 901830248  
kerstin.drobick@ba-mitte.berlin.de

☐ **Juliane Fischer-Rosendahl**

Bezirksamt Spandau von Berlin  
030 90279301  
j.fischer-rosendahl@ba-spandau.berlin.de

☐ **Katja Henze**

Stadt Weißenfels  
03443 370466  
gleichstellung@weissenfels.de

☐ **Ulrike Königsfeld**

StädteRegion Aachen  
0241 51982460  
ulrike.koenigsfeld@staedteregion-aachen.de

☐ **Maja Loeffler**

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin  
030 902932050  
maja.loeffler@ba-mh.berlin.de

☒ **Dr. Marie-Luise Löffler**

Stadt Heidelberg  
06221 5815520  
marie-luise.loeffler@heidelberg.de

☐ **Konstanze Morgenroth**

Landkreis Leipzig  
03433 2414100  
konstanze.morgenroth@lk-l.de

☐ **Christel Steylaers**

Stadt Remscheid  
021 91162257  
christel.steylaers@remscheid.de

☐ **Silke Tamm-Kanj**

Stadt Würselen  
02405 671800  
silke.tamm-kanj@wuerselen.de

☐ **Anja Wirkner**

Landratsamt Nürnberger Land  
09123 950655  
a.wirkner@nuernberger-land.de

☐ **Elke Quandt**

Stadt Wolgast  
03836 251122  
elke.quandt@wolgast.de

☐ **Sahra-Schirin Vafai**

Kolpingstadt Kerpen  
02237 58256  
sahra.vafai@stadt-kerpen.de

☐ **Angelika Winter**

Stadt Trier  
0651 9506055

Bundesarbeitsgemeinschaft  
kommunaler Frauenbüros  
und Gleichstellungsstellen

Verein zur Förderung der  
Frauenpolitik in Deutschland e.V.  
Weydingerstraße 14-16  
10178 Berlin

Tel.: 030 240 09 812

Fax: 030 240 09 813

bag@gleichberechtigt.org

www.gleichberechtigt.org

g

----- Berliner Sparkasse

IBAN DE97 1005 0000 0073

7277 17

BIC BELADEB33XXX



unterliegt dabei dem Mandat der Verschwiegenheit, der Vertraulichkeit und der Parteilichkeit. Dies ist in Fällen sexueller Belästigung von enorm hoher Bedeutung.

Gleichzeitig spiegelt sich die Schwere der Betroffenheit bei sexueller Belästigung und die akute Notwendigkeit einer fachspezifischen und professionellen Begleitung auch ausdrücklich in den spezialgesetzlichen Vorschriften des Thüringer Gleichstellungsgesetzes (ThürGG) wieder. Dort wird unter anderem in § 18 Absatz 2 Satz 3 ThürGG sowie § 23 Absatz 2 Nr. 7 ThürGG festgelegt, dass kommunale Gleichstellungsbeauftragte Beschwerden über sexuelle Belästigung entgegennehmen und Betroffene beraten. Die zentrale Wichtigkeit der Begleitung von sexueller Belästigung durch kommunale Gleichstellungsbeauftragte wird also durch die zweifache Nennung im Gesetz besonders deutlich hervorgehoben. Nur mit Einverständnis der Betroffenen darf die Gleichstellungsbeauftragte dabei nach § 18 Absatz 2 ThürGG die Dienststellenleitung über die Vorfälle informieren.

In Bezug auf den Erfurter Vorfall zeigen daher diese Ausführungen deutlich auf, dass Frau Witzmann keineswegs dazu verpflichtet war, ihre Dienststellenleitung in jedem Fall zu informieren und einen schriftlichen Bericht vorzulegen. Dies ist nur dann möglich, wenn die Betroffenen ihr ausdrückliches Einverständnis dazu erklären. Somit ist der Vorwurf, Frau Witzmann hätte sich per se schriftlich gegenüber der Dienststellenleitung äußern müssen, rechtlich nicht tragfähig.

Nach den hier vorliegenden Aussagen wird Frau Witzmann darüber hinaus seitens des Oberbürgermeisters der Stadt Erfurt vorgeworfen, sie habe sich ohne Abstimmung mit der Stadtverwaltung an die Presse gewandt. Die Gleichstellungsbeauftragte hat nach § 23 Absatz 2 Nr. 8 ThürGG das Recht sich öffentlich zu äußern. Darüber hinaus agiert sie laut § 23 Absatz 1 Satz 4 ThürGG weisungsfrei. Sie ist deshalb ausdrücklich **nicht** verpflichtet, Äußerungen gegenüber der Presse mit der Pressestelle der Stadtverwaltung vorher abzuklären, da sich ihre Weisungsfreiheit auch auf die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit bezieht. Sie verstößt daher aus unserer Sicht auch nicht gegen eine etwaig bestehende Loyalitätsverpflichtung gegenüber ihres Arbeitgebers.

In Hinblick auf die rechtlichen Vorgaben zu fristlosen Kündigungen lässt sich Folgendes festhalten: Eine außerordentliche und fristlose Kündigung kommt immer nur als ultima ratio für Arbeitgeber\*innen in Betracht. Bei einer Störung des Arbeitsverhältnisses sind fristlose Kündigungen nur dann zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt und den Arbeitgeber\*innen unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen der Vertragsparteien die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Die Voraussetzungen für eine außerordentliche Kündigung sind also sehr hoch. Liegt eine verhaltensbedingte arbeitsvertragliche Pflichtverletzung vor, so ist in aller Regel der Arbeitnehmer\*in die Möglichkeit zu geben, sich zukünftig ihren Verpflichtungen



entsprechend zu verhalten. Klassischer Weise erfolgt dies durch den Ausspruch einer Abmahnung.

Im Hinblick auf diese rechtlichen Grundprämissen und dem uns vorliegenden Sachverhalt ist die Suspendierung und die anschließende fristlose Kündigung von Frau Witzmann nicht nachvollziehbar. Auch für die Betroffenen von sexueller Belästigung hat dieses Vorgehen ernsthafte Konsequenzen, da so die in der Stadtverwaltung rechtlich zuständige Ansprech- und Vertrauensperson vollständig aus dem Verfahren genommen wird. Somit ist auch nicht mehr gewährleistet, dass die Stimmen und Perspektiven der Betroffenen weiterhin vollumfänglich gehört werden. Aufgrund der Einschaltung einer externen Anwaltskanzlei ist hier nun zu befürchten, dass sich die Betroffenen nicht in gleichen Maßen äußern und ihre Erfahrungen der sexuellen Belästigung schildern werden. Dies spiegelt sich auch in der Tatsache wieder, dass Erfahrungen von sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt oft nur in sehr geringen Umfang offiziell registriert oder zur Anzeige gebracht werden und sich Betroffene hauptsächlich nur in geschützten und vertraulichen Verhältnissen überhaupt zu Vorfällen äußern. Dieses geschützte Verhältnis kann insbesondere durch die Stellung einer kommunalen Gleichstellungsbeauftragten aufgrund ihrer Parteilichkeit, Verschwiegenheit und Vertraulichkeit für die Betroffenen strukturell und rechtlich so gegeben sein, durch Andere aber kaum in gleicher Form gewährleistet werden. Auch die Erfahrungen zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz in den letzten Jahren im Kulturbereich zeigen deutlich, dass auch bei der Einschaltung einer externen Instanz eine umfängliche Aufklärung ohne einen geschützten Rahmen und eine vertrauliche Ansprechperson mit rechtlichem Mandat kaum erreicht werden kann und sich die Situation für die Betroffenen zumeist nicht nachhaltig verändert.

Daher ist festzuhalten:

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist eine schwere Form von geschlechtsspezifischer Diskriminierung mit fatalen Folgen für die Betroffenen. Es ist umso wichtiger, dass in diesen Fällen in kommunalen Strukturen Gleichstellungsbeauftragte die Interessen der Betroffenen parteilich und vertraulich vertreten und dabei zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Diese Tätigkeit ist spezifisch durch das AGG und das Thüringer Gleichstellungsgesetz aus diesem Grund gedeckt. Die Begleitung von Menschen, die von sexueller Belästigung betroffen sind, ist seitens einer Gleichstellungsbeauftragten eine schwierige und sehr anspruchsvolle Arbeit. Diese dient ausdrücklich dem Schutz und der Unterstützung von Betroffenen. Daher darf diese ohnehin komplexe Tätigkeit für die Vertretung der Betroffenen keinesfalls durch fehlende Unterstützung der Dienststelle und erst recht nicht durch Drohungen mit einer Beschränkung der Rechte und einer folgenden Durchführung von arbeitsrechtlichen Schritten gegen die Gleichstellungsbeauftragte konterkariert werden.



Als BAG werden wir die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) bitten, den Vorgang ebenfalls zu prüfen. Darüber hinaus wird aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung der gesamte Sachverhalt auch der Kommission für Gleichstellung des Deutschen Juristinnenbunds vorgelegt, um diesen umfassend rechtlich prüfen zu lassen.

Viele Grüße  
gez.

Katrin Brüninghold als Bundessprecherin und  
Dr. Marie-Luise Löffler als Bundessprecherin